

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 22. Dezember 1925. Zweite Ausgabe

!!
Keine Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten. Am Donnerstag entfallen beim amtsführenden Stadtrat Breitner wegen dienstlicher Verhinderung alle Sprechstunden.

~~~~~  
Weihnachtsferien an den Wiener Schulen. Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, dass die Weihnachtsferien an den Volks-, Bürger- und Mittelschulen die Zeit vom 24. Dezember 1925 bis einschliesslich 3. Jänner 1926 umfassen.

~~~~~  
Elektrische Strassenbeleuchtung. In dieser Woche werden abermals einige Strassenzüge an Stelle der öffentlichen Gasbeleuchtung elektrische Beleuchtung erhalten. Es sind dies in Mariahilf die Stumpergasse, am Alsergrund die Fuchsthallergasse, in Favoriten die Landgutgasse von Favoritenstrasse bis Sonnwendgasse, die Sonnwendgasse von Landgutgasse bis Favoritenstrasse, die Planetengasse, Reisingergasse, Rieplgasse, Manhartgasse und Johanitergasse, in Meidling und Hietzing die Breitenfurterstrasse, Hetzendorferstrasse, Feldkellergasse längs der Linie 62 der Strassenbahn, die Reinlgasse, Breitenseerstrasse, Huttengasse längs der Linie 10 der Strassenbahn, in Ottakring die Wernhardtstrasse und Wattgasse und in Florsidsdorf die Komtschakgasse und Pragerstrasse.

~~~~~  
Die Wiedereröffnung der Neuen Wiener Bühne Die für morgen angekündigte Wiedereröffnung der Neuen Wiener Bühne konnte vom Magistrat nicht bewilligt werden, weil gewisse bauliche Herstellungen, die die Feuersicherheit erfordert, unbedingt vor Betriebseröffnung vorgenommen werden müssen. Es handelt sich hier in erster Linie um die bauliche Trennung des Ausganges für die Hausbewohner und die Theaterbesucher, die Instandsetzung der Kurtine und der Heizanlage. Diese Adaptierungen und Instandsetzungen wurden bereits wiederholt verlangt, aber wegen Kapitalmangel nie ausgeführt. Als daher heuer der Betrieb eingestellt wurde, erging im August an die Hauseigentümer die Verständigung, dass die Wiederaufnahme des Betriebes von der Durchführung der erwähnten Herstellungen abhängig sei. Anfangs Dezember hat nun eine Arbeitsgemeinschaft der Angestellten des Stadttheaters und der Neuen Wiener Bühne um die Konzession zum Betrieb der Neuen Wiener Bühne angesucht. Aus diesem Anlass wurde am 7. Dezember neuerlich eine Besichtigung des Theaters durch die Theaterlokalkommission vorgenommen und von der Durchführung einer Reihe minderwertiger Aufträge vorläufig Abstand genommen, auf der Erfüllung der erwähnten drei Herstellungen aber beharrt, weil insbesondere die Trennung der Ausgänge im Interesse der Sicherheit der Theaterbesucher und der Hausbewohner vom feuerpolizeilichen Standpunkt aus unbedingt notwendig ist. Der Hauseigentümer Kola und die Arbeitsgemeinschaft haben nun nur jene Herstellungen durchführen lassen, die, wie die Instandsetzung der Kurtine, für den Betrieb unbedingt notwendig sind, während sie die baulichen Herstellungen bezüglich des Ausganges derzeit aus Geldmangel nicht vornehmen zu können erklärten. Infolgedessen konnte die Eröffnung des Betriebes nicht gestattet werden, weil ja niemand die Verantwortung übernehmen kann, die von den Fachleuten als unbedingt notwendig bezeichneten Herstellungen nachzusehen oder auch nur zu stunden.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, 22. Dezember 1925.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1925.

### Beratung des Hauptvoranschlags für 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung. Es wirts sofort an die Beratung der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten geschritten. Die Verhandlungen leitet amtsführender Stadtrat Siegel ein. Er führt aus:

Sie Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe sind für das Jahr 1926 mit 79,681.980 Schilling präliminiert. Damit wird aber die Tätigkeit dieser Gruppe nicht vollständig umfasst. In den meisten übrigen Verwaltungsgruppen befinden sich Summen, die mit den technischen Angelegenheiten zusammenhängen. So die Gebäudeerhaltung mit rund acht Millionen Schilling, die Wohlfahrtseinrichtungen mit rund 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Schilling, die städtischen Wohnhausbauten mit 96 Millionen Schilling, die städtischen Approvisionierungseinrichtungen mit 842.000 Schilling und die Verwaltungsgruppe für allgemeine Angelegenheiten mit 114.000 Schilling. Insgesamt sind das 192,474.900 Schilling oder rund 44 Prozent des gesamten Aufwandes der Gemeinde, die mit technischen Angelegenheiten zusammenhängen.

Von den 19 Magistratsabteilungen dieser Verwaltungsgruppe ist die grösste jene, die die Betriebe umfasst. Es handelt sich da um den Lastkraftwagenbetrieb, die städtische Strassenpflege, den Pferdefuhrwerksbetrieb, die städtischen Werkstätten usw. Diese Betriebe werden auf kaufmännischer Grundlage geführt. Der wichtigste Zweig ist wohl die Strassenreinigung. Die Gemeinde geht hier mit den modernen Einrichtungen vorbildlich und wird immer mehr der maschinelle Betrieb in den Vordergrund gestellt. Unsere Kehrichtmaschinen sind ein Original und werden von den meisten grösseren Städten nachgemacht. Dazu kommt noch eine neue Maschine, die gleichfalls von unseren Werkstätten konstruiert wurde; nämlich die Kehrichtmahdenmaschine. Sie hat den Zweck die Kehrichthaufen, die von den Kehrichtmaschinen angehäuft werden, noch bei Nacht wegzuführen.

Auch die Strassenpflege wird im kommenden Jahre verbessert werden. Von den rund tausend Kilometer Wiener Strassen, sind nahezu die Hälfte makadamisiert. Meist ist es ein schlechter Kalkschotter, der bei trockenem Wetter viel Staub entwickelt und bei nassem Wetter viel Kot verursacht. Wir haben auch hier eine Verbesserung geschaffen. Es gibt in Oesterreich nur ein einziges Hartschottervorkommen, das Phosphoritwerk in Persenbeug. Wir haben dieses Werk angekauft und werden die erforderlichen 100.000 Kubikmeter guten Schotter, die wir jährlich benötigen, aus diesem Werk herausbekommen. Wir wollen dann unsere Strassen durch die Verwendung von Bitumen und von Teerprodukten haltbarer machen und auch dadurch die maschinelle Reinigung der Schotterstrassen ermöglichen. Damit ist auch ein ständiger Abbau unseres Pferdmaterials verbunden. Wir haben früher noch rund tausend Pferde gehabt, jetzt nur mehr dreihundert und werden im kommenden Jahr nur mehr 150 brauchen. Diese Herabsetzung der Pferdezahl ist eine Auswirkung der maschinellen Strassensäuberung.

Die Gemeinde muss 339 Brücken und Stege erhalten. Im Laufe des Juni 1926 wird auch die neue Brigittabrücke der Benützung übergeben werden können. Damit ist ein Uebelstand beseitigt, der seit dreissig Jahren die Stadt bedroht hat.

Auch im Gartenwesen werden Verbesserungen durchgeführt. Wir haben gegenwärtig 370 Anlagen mit rund zwei Millionen Quadratmeter Fläche.

Wir werden im kommenden Jahr rund tausend neue Bäume setzen, den ehemaligen Hundstürmerfriedhof in eine Gartenanlage umwandeln, eine Reihe kleinerer Anlagen errichten und 500 neue Gartenbänke anschaffen. Da im Frieden nur 5000 Gartenbänke in Wien vorhanden waren, wie aber mit Ende 1926 rund 7000 Gartenbänke haben werden, ergibt sich eine Zunahme von rund 2000 Bänken.

Durch die Elektrifizierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung ist das Wiener Stadtbild wirksam verschönert worden. In den nächsten Tagen wird die fünftausendste elektrische Lampe im Betrieb gesetzt werden.

Unsere Kanäle werden im Jahre 1926 bedeutend ausgebaut werden. Im Voranschlag ist für Kanalbauten ein Betrag von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Schilling vorgesehen. Durch die Kommunalisierung der Kanalrümer war es möglich, eine Reihe maschineller Einrichtungen einzuführen, die sich bestens bewährt haben.

Die städtischen Bäder verzeichnen die erfreuliche Tatsache, dass die Zahl der Besucher gegöhüber der Vorkriegszeit sich verdoppelt hat. Wir werden die 18 Volksbäder ausgestalten, zu den 13 Sommerbädern wird in Ottakring ein neues hinzukommen und auch drei neue Kinderfreibäder werden geschaffen, sodass dann insgesamt acht Kinderfreibäder vorhanden sein werden. Das Amalienbad dürfte im Juni 1926 der Benützung übergeben werden.

Unsere Einrichtungen zur Beschaffung der Baumaterialien müssen immer mehr vergrössert werden. Das Ziegelwerk in Oberlaa kann natürlich den ungeheuren Bedarf der Gemeinde allein nicht decken, dient uns aber jedenfalls als eine wichtige Kontrollstelle für die Preisbildung. Das Kalkwerk in Hinterbrühl, wird aufgelassen werden, weil das Vorkommen bereits erschöpft ist und im Kalkwerk Kalzbrunn ein vollkommener Ersatz gefunden wurde.

Durch die zentrale Baustoffbeschaffung ist es uns gelungen das Preisdiktat für Ziegel, Zement, Eisen usw. zu brechen, was auf die Preisbildung ungemein günstig wirkt.

Ebenso gelang es durch Festsetzung typisierter Fenster und Türen, bestimmte niedrige Gestehungskosten einhalten zu können.

Aus dieser Uebersicht über die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Bauwesens, ist zu erkennen, welche rastlose Arbeit hier geleistet wurde. Dass diese Arbeit stellenweise mit einer gewissen Hast sich vollzog, hat vielleicht hier und da etwas ergeben, was zu bekritteln ist. Wir werden uns aber die gewonnenen Erfahrungen <sup>zunutze</sup> machen und solche Fehler vermeiden. (Lebhafter Beifall).

Der Vorsitzende teilt mit, dass nach Erledigung der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten die Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" zur Verhandlung kommt.

G.R. Bieber (chr. soz.) anerkennt, dass ein Grossteil der Grundrisslösungen durchaus gelungen ist, daneben finden sich aber auch schlechte Leistungen. Die guten Leistungen und ihr Lob trifft nicht die Majorität sondern die Künstler, die diese Werke geschaffen haben. Scharfe Kritik fordert es heraus, wenn unverändert daran festgehalten wird, keine öffentliche Konkurrenz zu veranstalten. In einzelnen Fällen wurde wohl eine beschränkte Konkurrenz abgehalten, sonst erfolgte aber eine individuelle Vergebung. Zwar hat auch <sup>jenes</sup> Gebiet gar viele Nachteile, es braucht nur an das Projekt eines städtischen Museums nächst der Karlskirche erinnert werden. Das Ausland aber bedient sich der öffentlichen Konkurrenz durchaus, was also draussen gut ist, kann hier nicht schlecht sein. Die Neubauten stellen ja keine immer neuen Probleme dar. Es ist immer die gleiche Aufgabe, die zu lösen ist. Es sind immer die Volkswohnhäuser mit Küche und Zimmer. Durch ein gewisses System könnte man eine Type schaffen, die einen einmal erkannten Fehler ausschliesst, so wird aber immer wieder der gleiche Fehler in der Grundrisslösung wiederholt.



Zweiter Bogen.

Redner bemängelt, dass der Zugang zu den Klosetten nicht vom Puffer aus erfolgt, sondern von der Wohnküche oder einem Wohnraum aus, und dass die Aborte unglücklicherweise in die Nachbarwohnung und nicht in die eigene eingebaut sind. Die trennende Wand ist nur 12 Zentimeter stark. Der für den Vorraum einen Ersatz bildende sogenannte "Puffer" dient nur als kostspieliger Windfang. Solche Fehler sollten sich bei Bauten, die aus schwerverdienenden Steuermitteln errichtet werden, nicht mehr wiederholen. Man hat nicht den Eindruck, dass hier überall das Beste versucht wird. Auch der Einkauf der Baumaterialien vollzieht sich nicht in sachgemäßer Weise, die Zentralisierung bedeutet eine Schädigung des Gewerbes. Wie unsachgemäß der Einkauf organisiert wird, ist daraus zu entnehmen, dass auf einem und demselben Bau verschiedene Zemente verwendet wurden, was grundsätzlich ausgeschlossen sein soll. Darauf lassen sich auch Baugebrechen zurückführen, die nicht notwendig wären. Dem Gemeinderate ist bisher auch keine Abrechnung über die fertiggestellten Wohnungsbauten vorgelegt worden, aus welcher man berechnen könnte, wieviel ein Quadratmeter kostet. Stadtrat Siegel möge eine tabellarische Zusammenstellung über die Gemeindebauten anlegen lassen und jedem Mitglied des Gemeinderates ein Exemplar zum Studium einhändigen. Für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Pfarren ist im Voranschlag nur ein Betrag von 4000 Schilling angesetzt.

Schliesslich bespricht Redner die städtischen Betriebe, Kalkwerk, Ziegelwerk und dergleichen und kritisiert die veranschlagten Summen die er als fehlerhaft und ungenau tadelt.

G.R. Panosch (chr. soz.) <sup>übt</sup> Kritik an der Strassenpflege, er bezeichnet sie als mangelhaft und tritt dafür ein, dass ausser der maschinellen Reinigung der Strassen auch der Handbetrieb angewendet werde. Die Einführung des Coloniasystems zur Kehrichtabfuhr habe stark enttäuscht, schon nach kurzer Zeit zeigten sich vielfache Mängel, die infolge des Personalabbaues noch gewachsen sind. Ein Hauptübelstand des Coloniasystems sei die ungenügende Ausnützung der Kehrichtwagen und die unzureichende Reinigung der Kübel, woraus sanitäre Gefahren entstehen, die ja durch die Abschaffung des Mistbauers hätten gebannt werden sollen. Die Gemeinde möge anstelle des Coloniasystems das Wechselkastensystem einführen, welches eine raschere und gründlichere Kehrichtabfuhr gewährleisten würde.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, dass viele Denkmäler in Wien nicht restauriert werden, insbesondere das Hesser-Denkmal und das Tegethoff Monument befinden sich in ziemlich verfallenen Zuständen. Er begreife wohl, dass der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung die Pflege dieser Zeichen einer glorreichen Vergangenheit unserer Armee und Kriegsmarine nicht sehr am Herzen liegen und dass sie lieber etwa Denkmäler des republikanischen Schutzbundes pflegen möchte. Aber sie sollte doch nicht diese Denkmäler so arg vernachlässigen und sich vor Augen halten, dass ein Volk, das seine Geschichte nicht ehre, ihrer nicht wert sei. Redner führt <sup>dass man sich</sup> über die Wünsche der Bezirksvertretungen einfach hinwegsetze. So wurden aus der Liste von Strassenherstellungen nur zwei berücksichtigt. Die Strassen, die auf den Naschmarkt einmünden wurden nur mit Makadampflaster versehen. Redner verlangt neuerlich den Aufbau des Inneren Mariahilfergürtels, wo sich Gesindel herumtreibt. Zum drittenmal steht heuer dieser Rest des Gürtels im Budget. Es ist lebensgefährlich, dort abends zu gehen. In einzelnen Gassen herrsche eine geradezu ägyptische Finsternis. Die Gemeinde hätte auch die Aufgabe, die Rattenplage ernstlich zu bekämpfen, dem Vernehmen nach spazieren die Ratten im Bürgerversorgungshaus bis in den zweiten Stock und auch hier im Rathaus fressen die Mäuse im zweiten Stockwerk Akten an.

G.R. Hörmayer (chr. soz.) bringt verschiedene Wünsche des Bezirkes Leopoldstadt vor, verlangt eine bessere Beleuchtung des Praters und be-  
amständigt Mängel im Coloniasystem. Er stellt den Antrag, der Magistrat soll

le beauftragt werden, über die Vorschläge der Bezirksvertretungen für Strassenherstellungen an den Bauausschuss zu berichten. Sein zweiter Antrag lautet auf Schaffung eines städtischen Volksbades im Bezirksteil Donaustadt. Bei der Aspernbrücke wäre es notwendig die Ufermauern herzustellen.

G.R. Erban (chr. soz.) behandelt gleichfalls das Kapitel Strassenpflege und bezeichnet den Zustand der alten Brücken über den Donaukanal als reparaturbedürftig, insbesondere das Gitter der Brigittabrücke sei schadhaf. Dann bringt er verschiedene Bezirkswünsche vor, er verlangt die Eröffnung der Fechtergasse für den Fuhrwerkverkehr und ersucht den Referenten der Wiener Urania, der man den Platz am Mariahilfergürtel entzogen habe, für die Errichtung eines Zweighauses endlich einen geeigneten Platz zur Verfügung zu stellen.

G.R. Kerner (chr. soz.) erinnert daran, dass er bereits im Jahre 1910 den Bau eines Entlastungskanals im Zuge der Gatzgasse beantragt und seither immer wieder reklamiert habe. Im Jahre 1914 sei es ihm endlich gelungen wenigstens die Ausarbeitung eines Projektes zu veranlassen, im Budget sei auch ein entsprechender <sup>Kredit</sup> vorgesehen und dieser Betrag Jahr um Jahr immer wieder eingestellt worden, bis er eines Tages aus dem Voranschlag verschwand. Da die Hauseigentümer jener Gegend unter dem hohen Grundwasserstand sehr zu leiden sei die Durchführung des Projektes dringend notwendig und Redner stelle daher den Antrag, den Bau des Entlastungskanals nach dem vorliegenden Projekt ehestens in Angriff zu nehmen. Dann verweist Redner auf den schlechten Zustand der Strasse in Neustift am Walde, die allerdings im heurigen Sommer hergestellt worden sei, aber augenscheinlich mit minderwertigem Material, sodass schon jetzt wieder Schäden sich zeigen. Auch der gänzlich vernachlässigte Sommerhaideweg bedürfe dringend der Ausbesserung.

G.R. Rudolf Müller (soz. dem.) stellt fest, dass die Denkmalpflege in der Friedenszeit sehr im argen gelegen ist. Zwei so bedeutende Baudenkmäler wie die Kirche auf dem Steinhof und auf dem Zentralfriedhof, hof, unvergleichliche Schöpfungen Otto Wagners, weisen ein derartig minderwertiges Baumaterial auf, dass heute Milliarden für die Reparaturen aufgewendet werden müssen. Ich versuchte damals die interessierten Kreise darauf aufmerksam zu machen, nicht Kunststein, sondern wenigstens für den Sockel harten Naturstein zu verwenden. Der Ruf verklang ungehört.

Ueber die Art, wie man sich häufig vorstellt, wie Denkmäler zu reinigen sind, gibt das Wort Angelis Auskunft, der meinte man könne doch die Feuerwehr zum Abspritzen der Denkmäler verwenden. Sozialdemokraten gaben seinerzeit den Anstoss zur Restauration der Oper, als es schon höchste Zeit war. Nunmehr, geht man daran, die alten Friedhöfe, die schon längst eine Gefahr für die Kinder, wie zum Beispiel der Hundstürmer Friedhof, waren, abzuräumen und die Steine in der eigenen Steinmetzwerkstätte zu verwerten, wodurch wieder Milliarden zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden. Niemand ist durch diese Werkstätte geschädigt worden. Zwei grosse Unternehmungen wurden nach der Errichtung dieser Werkstätte neu gegründet und alle machen ihr Geschäft. Redner kommt auf die Steinbrüche in Mauthausen zurück und schildert die Verhältnisse in der Vorkriegszeit, wo die Arbeiter 16 Stunden lang beschäftigt waren. Er habe seinerzeit den Bürgermeister Weiskirchner darauf aufmerksam gemacht, in welcher unökonomischen Weise dort der Betrieb geführt wurde. Man brach dort die Steine ganz auf dieselbe Art wie die alten Römer. Die Betriebsmittel wurden seither fast durchwegs mechanisiert, obwohl diese Mechanisierung noch weiter geführt werden könnte. Es ist nicht wahr, dass die in dem eigenen Steinbrüchen erzeugten Steine teurer sind, als die von Privaten erzeugten. Ein Stein aus Mauthausen kostet der Gemeinde 13.900 Kronen, bei der grössten Firma, Pottschacher, 15.000 Kronen. Bei dem grossen Bedarf bedeutet dies aber eine Ersparnis von vielen Milliarden.

Die Sitzung wird um ein Uhr mittags geschlossen.  
ein Die von der Kinderheit eingebrachten abendungsunfähige werden abgelehnt und die Ansätze der beiden Verwaltungsgruppen unverändert genehmigt.  
Bürgermeister Saltz leitete sodann die Abstimmung über die Verwaltungsgruppen für "unfahrigelegenheiten, Sozialpolitik und Wohnungswesen".



R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 22. Dezember 1925.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1925.

Fortsetzung der  
Beratung des Hauptvoranschlags für 1926.

Vorsitzender Gemeinderat Weigl eröffnet um vier Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird die mittags unterbrochene Debatte über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten fortgesetzt. Als erster spricht

G.R. Scholz (chr. soz.), der für die Einrichtung von Wannebädern im Volksbad in der Treustrasse eintritt und verlangt, dass die Betegruben rechts von der Floridsdorferbrücke am Engelplatz endlich verschwinden. Die Strassenherstellungen sind für das nächste Jahr nur in zwei Gassen in Aussicht genommen, was für einen so grossen Bezirk zu wenig ist. Beim Coloniasystem kann man schwere Unzukömmlichkeiten beobachten, weil alte Weiber, die Kappen von den Gefässen abnehmen und in dem Mist wühlen. Die von den Kehrrietzügen liegengelassenen Mahden bleiben bis zu fünf Tagen liegen. Auch die Beleuchtung lässt viel zu wünschen übrig, besonders fehlt es an jeder Notbeleuchtung für den Fall einer Störung. Radner stellt den Antrag, dass aus Sicherheitsgründen vorgesorgt wird, einen Ersatz der Beleuchtung an den Strassenkreuzungen zu schaffen. Hierzu eignen sich besonders die noch stehengebliebenen Gaskandelaber. In der Othmargasse wurden an Stelle der runden Masten alte Strassenbahnschienen aufgestellt, was eine schwere Gefährdung der Sicherheit ist, da diese Masten scharf kantig sind.

G.R. Holeubek (chr. soz.) bringt einige Wünsche des Bezirkes Währing zum Ausdruck und erklärt den Betrag für Strassenherstellungen für zu klein. Er beantragt die Herstellung der Felix Dahngasse, Maynollogasse, die Regulierung der Anastasius Grünasse zwischen der Gymnasiumstrasse und dem Gürtel und die Verbreiterung der Heitzingergasse zwischen den Nummern 40 und 48, endlich die Verlängerung der Dittesgasse.

G.E. Dirisamer (chr. soz.) bemängelt es, dass die Gehsteigreinigung auf die Hausbesorger abgewälzt wurde, die dadurch häufig gesundheitlich schwer gefährdet werden. Die Hausbesorger werden nicht ruhen und rasten, bis die Trottoire wieder von der Gemeinde Wien gereinigt werden. Radner bringt einzelne Wünsche des Bezirkes Landstrasse zum Ausdruck, darunter die Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Othmarkirche und die Verbesserung der Beleuchtung in der Apostelgasse.

G.R. Elliend (chr. soz.) tritt für die Aufnahme einer Wohnbauleihe ein um auch Privatunternehmern die Möglichkeit des Bauens zu eröffnen, wodurch in absehbarer Zeit die Wohnungsnot ein Ende finden könnte. Dann bringt Radner verschiedene Wünsche seines Bezirkes vor, er verlangt die Verbesserung der Beleuchtung im Neubauer Amtshaus, die Herstellung der Gehwege und Vermehrung der Sitzgelegenheiten in den Alleen des Neubaugürtels und ersucht, bei den verschiedenen Strassenherstellungen, insbesondere bei Umlegung von Strassenbahngleisen die Arbeit mit einem rascheren Tempo durchzuführen, weil die Geschäftsinhaber in diesen Strassen durch die lange bestehenden Verkehrshindernisse Schaden erleiden.

In seinem Schlussworte kommt Stadtrat Siegel auf die vorgebrachten Wünsche, Beschwerden und Anregungen zurück. Mit der Ausschreibung öffentlicher Konkurrenzen bei Vergebung der Bauten, die Gemeinderat Biber begehrt könne man sich nicht befreunden, denn sie erfordern viel Zeit und bringen manche Missheiligkeit mit sich. Bei Vergebung der Bauten werden Architekten verschiedener Kunstrichtungen herangezogen, ihr Schaffensdrang ist infolge der vielen einengenden Vorschriften ziemlich begrenzt und

kann sich eigentlich nur in der Anlage der Fassaden auslegen. Die von Gemeinderat Biber bemängelte Beistellung des Baumaterials durch die Gemeinde hat gewiss manche Nachteile, die indessen durch die ausserordentlichen Vorteile nicht beeinträchtigt werden. Dem Wunsche, eine Teilung der Baulose vorzunehmen, kommen wir nach Möglichkeit entgegen, beispielsweise teilen sich auf der Sandleiten 14 Unternehmer in die Arbeiten, aber im Allgemeinen ist es vorteilhafter auf grossen Baublöcken nur durch grosse Bauunternehmer bauen zu lassen, weil sie mit entsprechenden maschinellen Hilfsmitteln und dem erforderlichen Gerüstholz ausgestattet sind. Ueber die fertiggestellten Bauten werden wir in Bälde eine tabellarische Uebersicht anlegen, nur brauchen diese Abrechnungen sehr viel Zeit. Das Lainzer Spital ist seit länger als einem Jahrzehnt in Benützung und doch konnte erst im Vorjahre die Abrechnung vorgelegt werden. Der zentrale Einkauf von Baustoffen bringt viele Vorteile, weil wir grosse Schlüsse tätigen und dabei namhafte Ersparnisse erzielen. So wurde bei der Anschaffung von 140 Millionen Stück Ziegel ein ausserordentlicher günstiger Preis gegenüber dem Marktpreis erzielt und auf diese Weise wurden 14 Milliarden Kronen erspart. Die Beschwerden über den Zustand unserer Strassen sind gewiss nicht ganz unbegründet, der wunde Punkt unserer Strassenpflege ist eben die grosse Zahl der Schpitterstrassen. Man hat über die Strassenölung das Missfallen ausgesprochen, allein das Oel der Strassen stellt das einzige radikale Staubbekämpfungsmittel dar. Viele Bewohner von Häusern in geölten Strassen haben uns brieflich ihre Anerkennung und den Dank ausgesprochen, dass sie nun im Sommer von der Staubplage befreit sind.

Die Strassenreinigung wurde von vielen oppositionellen Redner als sehr schlecht bezeichnet und doch werden unsere Strassen nicht schlechter gereinigt als die Strassen in den meisten Hauptstädten des Kontinents, ja unsere Einrichtungen werden von Vertretern ausländischer Stadtverwaltungen studiert, es kommen Gäste aus Deutschland, Italien, Frankreich und sogar aus Amerika nach Wien und sie äussern sich über das Strassenbild durchwegs lobend, sie finden den Zustand unserer Strassen anders als die Herren der Minorität und ihr Urteil ist uns immerhin massgebender als das unserer politischen Gegner. Das Coloniasystem, an dem scharfe Kritik geübt wurde, ist in der Entwicklung begriffen. Vollständige Ordnung wird erst herrschen, wenn ganz Wien mit dieser Art der Mistabfuhr versorgt sein wird. Das Wechseltonnensystem würde die Gemeindefinanzen bedeutend schwerer belasten, man hat damit auch anderswo keine guten Erfahrungen gemacht. Viele grosse Städte, Hamburg, Köln, Essen, Frankfurt am Main, eignen sich das Wiener System an und die Vertreter dieser Stadtverwaltungen kommen hieher um sich die Erfahrungen Wiens mit dem Coloniasystem nutzbar zu machen. Wir denken auch an die Errichtung eigener Kübelwaschanstalten und beabsichtigen, die Kübel nicht nur bei jeder Reparatur sondern regelmässig ein bis zweimal im Jahre einer gründlichen maschinellen Reinigung zu unterziehen. Die Abfuhr von einem Kubikmeter Kehricht kostet der Gemeinde durchschnittlich acht Schillinge.

Der Denkmalspflege wenden wir unser Augenmerk zu, nur können wir nicht alles auf einmal machen, wir beabsichtigen im nächsten Jahre die Denkmäler gründlich restaurieren zu lassen. Auch die Rattenplage wird nach Möglichkeit bekämpft, ihre Hauptursache liegt in den alten Ziegelkanälen der Häuser. Grosse Kampftage wie in Berlin können wir nicht veranstalten, weil die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Ein dem Nationalrat vorliegendes Gesetz ist bisher nicht verabschiedet worden. Wir haben immerhin in 21 Tagen in hundertdreissig Strassen Giftköder ausgelegt und damit gewisse Erfolge erzielt. Gemeinderat Erban hat über den schlechten Zustand des Geländers längs des Kais gesprochen, allein die hauptsächlichsten Schäden sind bereits ausgebessert worden. Für die Urania wird ein geeigneter Bauplatz gesucht, dem Präsidenten Köstler wurden verschiedene



Plätze gezeigt, er hat sie aber für ungeeignet befunden. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen worden, wir hoffen schliesslich für das Zweighaus der Urania den geeigneten Platz zu finden. Der Währingerbach-Entlastungskanal ist gewiss eine Notwendigkeit, wir werden das vorliegende Projekt, dessen Ausführung sehr viel Geld kostet, verwirklichen aber vorläufig sind dringendere Aufgaben zu erfüllen. Die Betongruben auf dem Engelsplatz werden demnächst verschwinden, da die gärtnerische Ausgestaltung bereits in Aussicht genommen ist. Eine Notbeleuchtung an den Strassenkreuzungen wird nur so einzurichten sein, dass eine oder die andere Gaslampe trotz der elektrischen Beleuchtung in Betrieb bleibt, weil sonst ein umfangreicher Anzündapparat in Betrieb stehen müsste.

Ich kann die Uebersicht über die Tätigkeit des Bauausschusses nur damit schliessen, dass ich dem Stadtbauamte unter der Führung des Bau- und Beamten direktors und allen Oberbeamten/für die aufopferungsvolle Arbeit danke, die sie in unermüdlicher und rastloser Weise leisten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Gemeinderates Haider, der feststellt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen zur Bekämpfung der Rattenplage bereits im Sommer erfüllt worden sind und daher die Gemeinde Wien die gesetzlichen Handhaben besitzt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Abstimmung morgen am Schlusse der Vormittagsitzung stattfinden wird.

Stadtrat Richter leitet die Verhandlungen über die Gruppe der "Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten" mit einer Uebersicht über die Ein- und Ausgaben ein.

Zu den wichtigsten Teilen dieser Gruppe gehört das städtische Feuerlöschwesen. Für das Jahr 1926 sind um 600.000 Schilling mehr eingestellt, als für das Jahr 1925 veranschlagt worden war. Das hängt mit der Reform der Feuerwehr zusammen. Durch die Eröffnung der Berufsfeuerwache in Kaiserebersdorf, der im kommenden Jahr noch je eine Hauptwache in Ottakring Meidlung und Donaustadt folgen werden, wird

das ganze Stadtgebiet in sieben Sektionen eingeteilt sein, deren jede über eine Hauptwache verfügt. Als grosser Fortschritt werden die Radioeinrichtungen im Feuerwehrbetrieb vervollständigt werden, vier Wachen werden über Sendeeinrichtungen verfügen, sodass nicht nur von einer Wache zur anderen, sondern auch mit den Geräten auf dem Wege zum Brandplatz eine Verständigung möglich ist. Auf dem Gebiete des Volkswesen wurde die Bibliothek im Wertheimsteinpark reichlicher als im Vorjahr dotiert. Auch die Subventionen, die an Körpersportvereinigungen gegeben werden wurden ebenso wie die für Konzerte und Theater namhaft erhöht. Besonders hervorzuheben ist hier der Betrag von 80.000 Schilling, statt bisher 40.000 Schilling, der zur Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Angestellte und Schüler gewährt wird. Die Hälfte hiesu ist zur Verbilligung von Eintrittskarten in die Staatstheater zu verwenden. Die Stadtbibliothek mit 30.000 Schilling mehr, die Sammlungen mit ebenfalls 30.000 Schilling mehr bedacht. Leider konnten bei den Sammlungen die Raumfrage noch immer nicht gelöst werden, denn eine solche erst nach Vollendung des grossen Wohnbauprogrammes durchführbar sein. Dann erst wird es möglich sein für die reichhaltigen Sammlungen Räume zu schaffen, die ihrer würdig sind. Für Wahlangelegenheiten wurde nicht weniger eingesetzt, wir sind verpflichtet, am ersten Jänner eines jeden Jahres die Wählerlisten anzulegen. Wir haben im Jahre 1925 diese Anlegung durchgeführt, können uns nunmehr mit den Änderungen, die aus dem Zuwachs von Wahlberechtigten oder der Auscheidung resultieren, begnügen. So sind wir jeden Augenblick in der Lage, über eine einwandfreie Wählerliste zu verfügen, wenn uns eine Wahl überraschen sollte. Zu der Durchführung der Reklamationen bedürfen wir aber der Unterstützung der Bevölkerung und ich richte jetzt schon an den Gemeinderat die Bitte, die Bevölkerung aufzufordern, zur Entdeckung von Fehlern beizutragen, wenn die Listen vom Februar an aufgelegt werden. Die Erhöhung der Ausgaben und Ab-

schnitt Rechtsgeschäfte ist in einem Mehraufwand an Stempelgebühren begründet. Die grösseren Ausgaben für Veröffentlichungen der Gemeinde Wien erklären sich aus der Erhöhung der Druckkosten und Papierpreise. Im Abschnitt Verschiedenes sind enthalten die Ausgaben für das Gewerbegericht und für Ehrengaben der Gemeinde Wien an "Goldene Hochzeiter", die um 50 Prozent erhöht wurden, damit sich nicht wieder die Notwendigkeit ergibt, einen Zuschusskredit anzusprechen. Die Post "Sonstiges" wurde deshalb beträchtlich erhöht, weil im kommenden Jahre der grosse Internationale Städtebaukongress stattfinden wird, und auch die zehnte Wiener Messe als Jubiläumsmesse abgehalten werden wird. Dadurch erwachsen der Gemeinde Wien höhere Auslagen.

Zu erklären wäre auch, warum die Sinnenpost der Gebühren für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband niedriger präliminiert sind als im heurigen Jahr. Nach dem neuen Gesetz vom 21. Oktober 1925 über die Erwerbung des Heimatrechtes erlangten alle Optanten das Wiener Heimatrecht, die taxpflichtigen Aufnahmen in den Wiener Heimatverband werden nunmehr geringer sein.

St.R. Kunschak (chr. soz.) bemängelt es, dass die Leistungen an den Bund für die Lokalpolizei mit nur 110 Schilling präliminiert sind. Im Frieden war hierfür eine Million Goldkronen vorgesehen, heute vermehrt man diesen Betrag um 100.000 Papierkronen. Es wäre interessant zu wissen, wie die Liquidierung dieses Betrages durchgeführt wird. Dabei wird aber die Polizei mit einer Reihe von Aufgaben betraut die ihr nicht zustehen. Man verwendet die Polizei zu Spitzeldiensten. Sie soll überwachen, ob die Automobile die Steuertafel führen, was nicht ihre Aufgabe ist. Sie wird dadurch von ihrer eigentlichen Tätigkeit abgelenkt. Ja man gibt die polizeiliche Lizenz erst nach der Vorlage über die Zahlung der Lustbarkeitsabgabe. Man benützt also die Polizei missbräuchlich. Ueberhaupt hat der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe die Rolle eines "Balbierers" zu spielen. Man widmet den Betrag von 800 Millionen für Theater- und Musikveranstaltungen und nimmt auf der anderen Seite Umsummen aus der Lustbarkeitsabgabe ein. Das Budget wird auch sonst noch frisiert, Kunstpreise werden ausgeteilt. Dem Komitee zur Veranstaltung einer Ausstellung christlicher Kunst wurde bis jetzt kein Betrag gewidmet. Ja es liegt nicht einmal ein Bericht an den Finanzausschuss oder Stadtsenat vor. Besonders bewährt sich die Geschicklichkeit des amtsführenden Stadtrates bei einer Massenproduktion von neuen Heimatberechtigten. Die Veröffentlichungen sind auch sehr sorgfältig gearbeitet, aber noch immer erscheinen die stenographischen Protokolle des Gemeinderates und Landtages nicht im Druck. Man ist hier nur auf die Rathauskorrespondent angewiesen, die aber keineswegs in der Lage ist, erschöpfend darüber zu berichten. Wenn auch an ihr manches auszusetzen ist, so muss man doch loyal anerkennen, dass mancher Fehler in der Natur einer solchen Korrespondenz liegt. Die einzige Möglichkeit einer Korrektur wäre eben die Drucklegung der stenographischen Protokolle. Dies gestatten sich sogar kleinere Gemeinden. Redner fragt warum der Personalreferent die Ehrengaben überreicht, im Kapitel "Sonstiges" verlangt der Redner eine eigene Postnummer für Empfänge. Man möge im Budget für 1927 eine eigene Post für Empfänge einsetzen, über die seinerzeit der Stadtrat beschloss.

G.R. Josef Müller (chr. soz.) beschwert sich darüber, dass im Amtsblatt die Namen jeder Personen welche nach Wien zuständig geworden sind, nicht mehr veröffentlicht werden, weiter über die Anlage der Wählerlisten, die er als mangelhaft bezeichnet.

G.R. Beisser (soz. dem.) erklärt, gegenüber einigen Behauptungen des Gemeinderates Uebelhör feststellen zu müssen, dass auch die christliche Kunststelle und andere bürgerliche Organisationen von der Gemeinde Subventionen erhalten. Die Sozialdemokraten verurteilen nicht die christliche Kunst, sondern nur die Ausnützung dieser Kunst zu Parteizwecken. Redner verliest eine lange Liste verschiedener Sportvereine, die von der Gemeinde Wien



### D r i t t e r B e g e n .

Subventionen erhalten haben und stellt fest, dass alle diese Vereine nicht sozialdemokratisch seien und deren Mitglieder auch der sozialdemokratischen Partei nicht nahestehen. Die Gemeinde wolle nur die grossen Körpersportverbände subventionieren und überlasse es ihren Vertretern, die Gemeindegeldsubventionen auf die einzelnen Vereine aufzuteilen.

G.R. Doppler (chr. soz.) entgegnet, dass Gemeinderat Uebelhör nur von Pflichtsubventionen gesprochen habe, die aus den Erträgen der Fürsorgeabgabe gegeben werden. Die Behauptungen Beissers entbehren also jeder Grundlage. Bei der Verteilung der freiwilligen Subventionen seien die Klagen der Opposition sicherlich gerechtfertigt. Redner kritisiert dann die Anlegung der Wählerlisten und bespricht ausführlich Fragen des Feuerwesens. Er behauptet, dass die Gemeinde gegen die freiwilligen Feuerwehren nur deshalb auftritt, weil sie sich unparteiisch erhalten haben. Diese Körperschaften lassen sich nur von edler Hilfsbereitschaft leiten, was der Mehrheit des Wiener Gemeinderates nicht in den Parteikram hineinpasst. Die edle Gesinnung der freiwilligen Feuerwehren gilt der Gemeinde nichts. Die herrschende Partei will nur auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens solche Menschen, die sich dem Parteidiktat unterwerfen. Da dies die freiwilligen Feuerwehren nicht tun wollen, werden sie von der Gemeindeverwaltung bedrückt. (Beifall bei der Minderheit).

St.R. Rummelhardt (chr. soz.) bemängelt, dass für Kunstpreise nur 9000 Schilling eingesetzt sind. Er beantragt, diese Summe auf das Dreifache zu erhöhen und regt an, dass die Gemeinde eine Hilfsstelle für bildende Künstler ins Leben rufen soll, weil die gewaltige Not, die den Kreis dieser Personen ergriffen hat, gelindert werden müsse. Redner erklärt weiter, dass er die in der Vormittagssitzung gemachten Mitteilungen über die Kunststelle der öffentlichen Angestellten, zurückziehe, da er unrichtig informiert worden sei.

St.R. Richter erwidert, dass im Voranschlag deswegen für die Polizei keine höhere Summe eingesetzt worden sei, weil auch der Bund gegenüber der Gemeinde Wien vielfach für Leistungen noch keine Valorisierung vorgenommen habe. Insbesondere sei dies bei der Erhaltung der Bundesstrassen der Fall. Auch hier wurden die Beträge nicht valorisiert und die Gemeinde hat auch für die Polizei die alte Summe in den Vorschlag eingestellt. Die Gemeinde ist übrigens bereit für die Polizei aufzukommen, wenn man ihr freie Hand lässt, was nur durch die Kommunalisierung geschehen könnte. Die Heranziehung der Polizei zur Rechtshilfe bei Steuern ist keine Neuheit, sondern geschah immer und ist auch ganz in der Ordnung. Die Kunstpreise wurden erst von der sozialdemokratischen Verwaltung geschaffen und haben die Mitglieder der Jury mitgeteilt, dass es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, auf den drei Kunstgebieten wirklich geeignete Preisträger zu finden. Die Drucklegung der Protokolle über die Gemeindegeldsitzungen gehört in das Gebiet der Wirtschaftlichkeit. Der Antrag auf Drucklegung soll der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen werden. Wir haben in Wien 47 freiwillige Feuerwehren. Es ist klar, dass man einer so grossen Zahl von Feuerwehren nicht auf Gemeindegeldkosten die Bespannung und die teuren Automobile, für die oft nicht einmal geeignete Bedienungsmannschaft vorhanden ist, überlassen kann. Daher kann nur eine Zusammenarbeit der Freiwilligen mit Berufsfeuerwehr erspriessliches leisten. Wir befinden uns auf dem besten Wege diese Zusammenarbeit herbeizuführen, die sich auch überall sehr bewährt hat. Die Anlage der Wählerlisten wird mit der grössten Sorgfalt geschehen und spielt sich im vollsten Lichte der Öffentlichkeit ab. Auch die Aufnahme in den Heimatverband erfolgt unter der Kontrolle der Opposition.

Es wird hierauf beschlossen, die Abstimmung über die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe morgen (Mittwoch) vorzunehmen und sofort an die Beratung der Voranschläge der städtischen Unternehmungen geschritten. Den einleitenden Bericht erstattet

Vizebürgermeister Emmerling, der bemerkt, dass auch dieser Voranschlag für alle Unternehmungen von dem Prinzip der Selbstkostendeckung getragen ist. Die grossen städtischen Unternehmungen sind für das Jahr

1926 noch immer im Ausbau begriffen. Ueber die Gebahrung ist zu sagen, dass bei der Strassenbahn für das Jahr 1926 ein Ueberschuss von 76.880 Schilling bei den Elektrizitätswerken von 146.280 Schilling, beim Gaswerk von 80.000 Schilling, beim Brauhaus von 126.700 Schilling, bei der Anflugsunternehmung von 120.000 Schilling und bei der Leichenbestattung von 7.240 Schilling veranschlagt ist.

Sämtliche Betriebe weisen eine bedeutende Steigerung auf. So der Gaskonsum, der über 250 Millionen Kubikmeter beträgt. Die öffentliche Beleuchtung wird weiter verbessert. Sämtliche Sparbrenner sind jetzt schon verschwunden und die freiwerdenden Brenner und Armaturen finden in den Nebengassen der nunmehr elektrisch beleuchteten Strassenzüge Verwendung. Die öffentliche Gasbeleuchtung stieg vom Jahre 1919, wo 20.651 Flammen brannten, auf 23.290 Flammen heute. Hochkerzige Glühlampen standen früher 223 in Verwendung jetzt sind es 6.700. Ähnlich sind die Zunahmen beim Gaswerk. Die Zahl der Gasmesser stieg von 216.000 im Jahre 1914 auf 327.385 im heurigen Jahre. Der Verwendung der Nebenprodukte wird besondere Sorgfalt zugewendet, nach Koks besteht besondere Nachfrage. Bei der Betrachtung des Elektrizitätswerkes muss eingedenk sein, dass dieses Werk aus der Verschmelzung verschiedener Werke hervorgegangen ist, nicht wie das Gaswerk aus einem Guss ist. Besondere Schwierigkeiten entstehen hieraus auch in der geschäftlichen Führung.

Um uns von der Auslandkohle freizumachen, werden wir weiter am Ausbau der Wasserkraft arbeiten. In wenigen Wochen wird der Strom aus Gamsing nach Wien kommen. Die Maschinen des Elektrizitätswerkes sind nicht nur wegen ihres Alters auswechslungsbedürftig, sondern auch die Technik hat seit ihrer Richtung ausserordentliche Fortschritte gemacht. Besonderes Augenmerk wenden wir der Aufspeicherung elektrischer Kräfte zu und lassen uns auch die Speicherungsanlagen der Konsumenten besonders angelegen sein. Zur Preiserstellung ist zu bemerken, dass der Gaspreis seit November 1923 unverändert ist, der Lichtstrompreis seit April 1924 unverändert und der Kraftstrompreis im Februar von 28 auf 25 Groschen herabgesetzt wurde.

Die dritte grosse Unternehmung sind die Strassenbahnen. Der grösste Teil der Ausgaben hiefür dient der Erneuerung der Gleisanlage. Die Strassenbahn steht am 26. Jahre ihres Bestandes, es ist daher notwendig die am Anfang des Jahrhundert gelegten Gleise im Laufe der nächsten Jahre auszuwechseln. Für den Wagenpark wird der Betrag von 4<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen Schilling aufgewendet, zur Verbesserung des Stadtbahnverkehrs ein Betrag von 900.000 Schilling. Für den Neubau der Brigittabrücke ist ein Betrag von 525.000 Schilling beizutragen. Für Gleis- und Oberleitungsanlagen wird ein Betrag von 1,430.000 Schilling aufgewendet.

Besonderes Interesse wird der Ausgestaltung des Verkehrs aufgewendet. Dem vollständige Umbau der Linie nach Mödling auf zwei Geleise lässt sich wegen schwieriger Besitzverhältnisse leider nicht durchführen. Der Verkehr in der Gumpendorferstrasse bis zum Gürtel wird durch eine andere Linienführung verbessert werden. Weitere elektrische Weichen werden eingebaut. Es ist klar, dass der Strassenbahn- und Autobusverkehr durch die Wiederaufnahme des Stadtbahnbetriebes beeinträchtigt würde. Die daraus sich ergebenden Änderungen bestehen in der Führung der Linie 6 bis zur Hietzinger Stadtbahnstation, weil, wie nach Zählungen festgestellt werden konnte, 90 Prozent der Fahrgäste dort auf die Stadtbahn übergehen. Entscheidend wird auch die Linie 18 beeinflusst, die nur mehr im Frühverkehr und abends bis zur Josefstädterstrasse zu führen sein wird, sonst aber aufgelassen wird. Die Linie 2 soll nur mehr bis zur Börse geführt werden, da ihre Benützung über den Kai hinunter gering ist. Die Schaffung eines Einheitstarifes zwischen Strassen- und Stadtbahn bewirkte eine sprunghafte Erhöhung der Frequenz. Die Einrichtungen der Stadtbahn waren für eine Jahresfrequenz von 40 Millionen gebaut. Das ergab sich aus einem fünfzehnjährigen Betriebe. Zählungen ergaben, dass heute täglich über 220.000 Personen die Stadtbahn benutzen, was aufs Jahr umgerechnet eine Frequenz von 25 Millionen ergibt. Hierbei ist der Sommerverkehr noch gar nicht berücksichtigt. Es ist daher nicht ver-



wunderlich, dass die Einrichtungen für den ersten Betrieb noch ausreichten, heute aber nicht mehr. In Bezug auf Frequenz steht an erster Stelle die Station Schwedenplatz, dann folgen nach Währingerstrasse, Gumpendorferstrasse und fast mit der gleichen Frequenz Hauptzollamt, Meidling-Hauptstrasse, Alserstrasse und Hietzing. Wie man sieht haben nicht die unmittelbar aufeinander folgenden Stationen die gleiche Frequenz. Nach einer Reihe weniger frequenzierter Stationen, wie Burggasse, Hütteldorf Hacking und Heiligenstadt folgen als die am geringsten frequenzierten Schönbrunn, Gumpendorferstrasse, Ober- und Unter St. Veit, Stadtpark, Rossauerlände und Braunschweigasse. In der Zeit von 6 bis 7 Uhr früh haben am 4. November die Stadtbahn bloß 1300 Personen benützt. In der nächsten Stunde stieg die Frequenz auf 12.500, von 8 bis 9 auf 18.200, und von 9 bis 10 auf 12.500 zu sinken. Sie erreicht den Tiefstand von 11 bis 12 Uhr mit 8.200 von 12 bis 1 ist wieder eine Steigerung, zwischen 5 und 7 Uhr erhöht sie sich auf 15.800 und zwischen 18 und 19 Uhr erreicht sie den Höchststand mit 22.200 Fahrgästen um in der letzten Betriebsstunde auf 1900 zu sinken. Das bedingt eine Einstellung der Wagenzüge in der verkehrsschwachen Zeit. Hier ist zur Ehrenrettung des Wiener zu sagen, dass er bei Benützung der Stadtbahn durchaus nicht durch lästiges Herumfragen störend wirkt, das tun nur jene Fahrgäste, die versuchsweise einmal die Stadtbahn benützen.

Der Autobusbetrieb ist durch die Stadtbahn insofern beeinflusst, als wir vom Karlsplatz Wagen zur Schwedenbrücke führen und diese Linie wird sehr stark in Anspruch genommen, wie überhaupt der ganze Autobus als lukratives Unternehmen zu bezeichnen ist. Beim/Brahaus hoffen wir auch im Jahre 1926 mit einem entsprechenden Ertrag abzuschliessen, dank der Güte und Qualität des Bieres. Die städtischen Unternehmungen sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor im Erwerbsleben der Stadt geworden.

G.R. Schalz (chr. soz.) verweist darauf, dass bei den städtischen Unternehmungen trotz Steigerung der Erzeugung an Gas und elektrischen Strom die Mehrinnahmen verhältnismässig gering seien, woraus sich ergebe, dass hier etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Die Mehrinnahmen werden durch Investitionen und indirekte Steuern belastet, die die städtischen Unternehmungen an den Gemeindegeldbeutel abzuführen haben. Redner stellt den Antrag die Direktionen des Gas- und Elektrizitätswerkes werden angewiesen dem Gemeinderat ehestens einen Ausweis über die Höhe der Ausgaben für dauernd wertvermehrende Investitionen die aus Betriebsmitteln bestritten wurden und die an die Gemeinde entrichteten städtischen Abgaben vorzulegen. Schliesslich beschäftigt sich Redner mit der kostspieligen Signalanlage auf der Stadtbahn und bezeichnet den elektrischen Strompreis im Verhältnis zur Vorkriegszeit als zu hoch.

Der Nachlass bei der Reklamebeleuchtung ist sehr ungerecht. Es soll nicht der Verbrauch massgebend sein, sondern der Preisnachlass müsste einheitlich gewährt werden. Dann wäre auch der kleine Gewerbetreibende in der Lage die Vorteile der Reklamebeleuchtung zu geniessen. (Beifall)

Die Vorsitzende Gemeinderätin Bock schliesst hierauf um 10 Uhr nach die Sitzung. Nächste Sitzung morgen (Mittwoch) um 10 Uhr vormittags.

..-.-.-.-.-